

in Drucksache 17/3678, den Gesetzentwurf Drucksache 17/2992 unverändert anzunehmen. Demzufolge kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/2992 angenommen**, und zwar in zweiter Lesung verabschiedet, und das Ganze auch einstimmig.

Ich rufe auf:

9 Einrichtung einer Enquete-Kommission zum bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3792

In meinem Sprechzettel steht, dass ich theoretisch – und ich vermute, es bleibt theoretisch – den Generalkonsul des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland auf der Tribüne begrüßen kann. Da wir in der Zeit aber relativ weit vor sind und ich ihn auf den ersten Blick nicht identifizieren kann, bleibt es, so glaube ich, wirklich bei „theoretisch“. Der Generalkonsul ist sehr interessiert; er wird wahrscheinlich schon im Hause sein und kann vielleicht noch im Laufe der Debatte auf der Tribüne begrüßt werden.

Mit dieser kleinen Vorbemerkung eröffne ich die Aussprache zum Antrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und erteile Herrn Kollegen Engstfeld das Wort.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang klarstellen: Der beste Brexit wäre gar kein Brexit.

(Beifall von den GRÜNEN und von Henning Höne [FDP])

Die demokratischen Fraktionen in diesem Haus hätten sich 2016 ein solches Ergebnis gewünscht. In der letzten Legislaturperiode gab es einen interfraktionellen Antrag von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, in dem wir die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unserem Bundesland und dem Vereinigten Königreich betont und es eingeladen haben, Teil der Europäischen Union zu bleiben.

Wir alle wissen, dass die Abstimmung anders ausgefallen ist. Das britische Volk hat sich demokratisch entschieden. Es hat sich entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Das müssen wir alle respektieren. It happened!

Die Geschichte zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ist keine einfache; das war sie noch nie. Zweimal stellte das Vereinigte Königreich erfolglos einen Beitrittsantrag in die Europäische Gemeinschaft, zweimal wurde dieser Antrag abgelehnt. Das war 1961 und 1967. 1972, im dritten Anlauf, war es dann endlich so weit, und das Vereinigte Königreich trat der Europäischen Gemeinschaft bei.

Nur drei Jahre später wurde auf der Insel zum ersten Mal über einen Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft abgestimmt. Damals gab es im Unterhaus eine deutliche Mehrheit für den Verbleib. Auch die Bevölkerung wurde befragt, und es gab ein klares Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft. Mehr als zwei Drittel – 67,2 % – stimmten für den Verbleib.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kaum ein anderer Staat hatte so großen Einfluss auf unser Bundesland. Zu kaum einem anderen Staat sind die Beziehungen noch heute so eng wie die zum Vereinigten Königreich. Durch die „Operation Marriage“ wurde unser Bundesland Nordrhein-Westfalen im Jahr 1946 von den Briten gegründet. Die Briten haben die Demokratie ins Nachkriegs-Nordrhein-Westfalen gebracht. Die Briten haben unsere Medienlandschaft entscheidend geprägt. Die Briten haben unsere Sicherheit gewährleistet, und die Briten haben viele von uns – so auch mich – kulturell geprägt. Ich möchte das nicht missen, seien es die Beatles, sei es Robbie Williams – whatever.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Culture Club! – Monika Düker [GRÜNE]: Nicht Robbie Williams!)

„You’ll never walk alone“, das singen britische Fußballfans. Und wenn wir in Nordrhein-Westfalen heute ins Stadion gehen, singen auch wir das immer wieder gern.

„You’ll never walk alone“, das wollen wir den Menschen in Großbritannien und in Nordirland auch nach dem Brexit zurufen. Die nordrhein-westfälisch-britische Freundschaft soll auch nach dem Brexit festen Bestand haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dafür müssen wir uns auf die zahlreichen Herausforderungen, aber auch auf die Chancen, die der Brexit mit sich bringt, einstellen. Das wollen wir mit der Arbeit in dieser Enquetekommission tun. Wir folgen damit im Übrigen der Empfehlung der EU-Kommission, die angemahnt hat, dass sich nicht nur Nationalstaaten, sondern auch deren regionale Einheiten auf den Brexit vorbereiten müssen. Wir wollen uns bereits jetzt intensiv damit beschäftigen, welche Bereiche

betroffen sein werden, und welche Verbindungen auf der Insel im Einzelnen bestehen.

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen kennen wir alle. Das Vereinigte Königreich ist unser viertgrößter und viertwichtigster Handelspartner. Dass hier Herausforderungen auf uns zukommen, ist wohl jedem klar.

Aber was ist mit den über 140 Städtepartnerschaften?

Was ist mit den 400 Schulpartnerschaften? Was passiert mit den Hunderten von Kooperationen im Hochschulbereich, bei der Forschung und im Mittelbau? Was ist mit den 850.000 Menschen, die jährlich von Nordrhein-Westfalen ins Vereinigte Königreich reisen? Welche Zugangsrechte haben sie? Welche Verbraucherschutzrechte gibt es überhaupt noch?

Was ist mit den 25.000 gebürtigen britischen Staatsbürgern, die in NRW leben? Ein Viertel aller Briten, die in Deutschland leben, lebt hier bei uns. Was ist mit dem Austausch im kulturellen Bereich, bei Textil, bei Mode, bei Musik und in der bildenden Kunst?

Was geschieht mit dem deutschen Atommüll, der zur Aufbereitung auf die Insel exportiert wird? Das ist auch eine wichtige Frage; denn Großbritannien scheidet aus dem Euratom-Vertrag aus.

Es gibt noch viele Fragen mehr. Wir haben jede Menge Themenbereiche aufgelistet. Wir wollen uns auf einem breiten Feld ansehen, was das alles bedeutet, und wir werden versuchen, in der Enquetekommission Antworten darauf zu finden. Wir betreten mit der Enquetekommission zugleich parlamentarisches Neuland: Diese Enquetekommission arbeitet langfristig an einer speziellen Fragestellung, hat aber zugleich eine hohe Tagesdynamik.

Unser Ziel ist es nicht, Einfluss zu nehmen auf den wie auch immer gearteten Deal, auf das Vertragswerk, das gerade verhandelt wird, worin der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union geregelt wird.

Letzten Montag war ich in London und habe dort politische Gespräche geführt. Dank des britischen Generalkonsuls – der immer noch nicht da ist; ich sehe ihn auf jeden Fall nicht – war es mir möglich, in London mit den Verhandlern selbst zu sprechen – sie verhandeln aktuell in Brüssel –, aber auch mit weiteren Multiplikatoren wie der Außenwirtschaftskammer. Meine Einschätzung wird vermutlich von den meisten geteilt: Wir werden bis zum Ende dieses Jahres irgendein Ausstiegsszenario haben; bis dahin wird ein Vertragswerk, ein Deal vorliegen.

Nach den Parteitag von Labour und Torys erleben wir jetzt eine hohe Dynamik. Ich glaube, dass diese Dynamik Erfolge nach sich ziehen wird. Wir haben einen Deal, und dann kommen wir mit unserer Enquetekommission. Dann wissen wir nämlich: Okay,

so sieht das Ausstiegsszenario aus. Danach wird wohl eine zweijährige Übergangsphase folgen, in der dekliniert wird, was das für die einzelnen Politikbereiche heißt. Da setzt unsere Enquetekommission an, um Übersetzungsarbeit zu leisten: Was heißt das an negativen Folgen, und wo können Chancen liegen?

Wir wollen mit Zwischenberichten arbeiten. Ich glaube, das bietet sich einfach an. Wir wollen in den verschiedenen Themenbereichen mit Expertise und auch mithilfe von Gutachten sagen können: Hier bräuchten wir vielleicht ein neues Förderprogramm. Hier bräuchten wir vielleicht eine andere gesetzliche Regelung. Hier brauchen wir vielleicht andere Strukturen. – Wir wollen Plattform und Ansprechpartner sein.

Wir sind übrigens keine Konkurrenzveranstaltung zu Herrn Merz. Wir alle – die Exekutive wie die Legislative – sind in diesem historischen Neuland, das wir innerhalb der Europäischen Union und auch hier in Nordrhein-Westfalen mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union betreten, gut beraten, unsere Kräfte zu bündeln und synergetisch zu arbeiten. Wir wollen unseren Beitrag aus dem Parlament dazu leisten. Das wird eine echt spannende Enquetekommission. Das Thema ist es allemal wert, sich damit genauer zu beschäftigen.

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Sollte das britische Volk zu einer anderen Haltung kommen – sei es durch ein zweites Referendum, sei es durch Neuwahlen und dadurch eine Verschiebung der politischen Gewichte –, sollte es nach zehn Jahren auf die Idee kommen, dass der Austritt vielleicht doch nicht die klügste Idee war: Großbritannien, the door will be always open for you. You are always very welcome to join us here in North Rine-Westphalia. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Stefan Engstfeld für die Grünen. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Krauß.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, auch ich hätte gerne darauf verzichtet, heute mit Ihnen über die Einrichtung einer Enquetekommission zum bevorstehenden Austritt von Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union zu beraten. Doch auch wir respektieren selbstverständlich das Ergebnis des britischen Referendums vom 23. Juni 2016, selbst wenn wir es nicht nachvollziehen können.

Gerade dem Staat Großbritannien ist die Europäische Union in der Vergangenheit an vielen Stellen entgegengekommen. Wir haben akzeptiert, dass das

Vereinigtes Königreich weder der Eurozone noch dem Schengener Abkommen beigetreten war. Großbritannien muss weniger an die EU bezahlen als seiner Wirtschaftskraft angemessen wäre. Selbst beim Fiskalpakt bekam London eine Sonderstellung.

Es hat nun wirklich nichts mit fehlendem Respekt zu tun, wenn deutlich wird, dass beim Austritt Großbritanniens eine Rosinenpickerei nicht akzeptiert wird. Es geht dabei nicht darum, ein abtrünniges Mitglied zu bestrafen. Der Austritt ist das gute Recht eines souveränen Mitgliedsstaates.

Es ist aber doch zwangsläufig konsequent, dass beim Austritt die mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte zunächst einmal verloren gehen. Es muss für uns alle deutlich bleiben, welchen Mehrwert eine Mitgliedschaft im Kreis der EU hat; denn nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern können wir gegenüber den Märkten der Welt bestehen, können wir die aktuellen politischen Herausforderungen lösen.

In diesem Zusammenhang möchte ich an den Besuch der irischen Ministerin für Europaangelegenheiten Miss Helen McEntee, die am 24. Juli 2018 im Landtag zu Gast war, erinnern. Wir nehmen die Sorgen der irischen Partner ernst. So müssen die Verpflichtungen aus dem Karfreitagsabkommen, welches Nordirland seinerzeit den Frieden gebracht hat, weiterhin gelten. Zentral ist daher für uns die Frage der künftigen Außengrenze sowie die Frage, wie die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern aussehen sollen.

Gestern gab es glücklicherweise positive Anzeichen, dass sich in dieser Hinsicht vor dem EU-Gipfel, der in der kommenden Woche stattfinden wird, etwas bewegen könnte. Sollte sich bei diesem Gipfel aber herausstellen, dass es für ein Abkommen nicht reicht, werden wir uns auf ein Scheitern der Verhandlungen einstellen müssen. Im Falle des sogenannten No-Deal-Brexits müssen wir die nötigsten Fragen bis zum 29. März 2019 geregelt haben.

Eine Enquetekommission, wie von den Grünen beantragt, kann hierbei eine hervorragende Unterstützung der bisherigen Anstrengungen der Landesregierung und der NRW-Koalition sein. Daher werden wir diese Kommission nicht nur aufgrund der guten Gepflogenheiten dieses Hauses mittragen.

Der Kollege Engstfeld hat es dargestellt: NRW hat ganz besondere Beziehungen zu Großbritannien. Das Bindestrichland Nordrhein-Westfalen entstand aufgrund der Einigung der damaligen britischen Besatzungsmacht, der „Operation Marriage“, und dem Zusammengehen mit dem Land Lippe.

Für die positive freundschaftliche Verbundenheit, die den geschichtlichen Boden nach 1945 bereitet hat, haben wir allen Grund, dankbar zu sein.

Daher gilt es, die Partnerschaft im Falle des Brexits auf eine neue Basis zu stellen; denn selbstverständlich brauchen wir unsere Nachbarn auf der Insel. Wir benötigen aber ebenso eine neue Balance von Rechten und Pflichten. Dazu kann diese Enquetekommission trotz der vielen Unwägbarkeiten ihren Beitrag leisten.

So können wir in der Arbeitshypothese des heutigen Antrags lesen: das Weißbuch als letztes Angebot, keine signifikanten Verhandlungsfortschritte sowie die Forderung, ein mögliches Scheitern noch vor Dezember dieses Jahres mitzuteilen.

Die Ausgangssituation greift der Antrag im Wesentlichen auf. Die Rahmendaten sind vielfach mit Blick auf die Verflechtungsgrade und die Enge unserer Beziehungen ausgetauscht. Von daher hätte ich mir, ehrlich gesagt, ein bisschen mehr Gespür und auch ein bisschen mehr Realismus bei der Beschreibung der Problemlagen gewünscht, ebenso eine Präzisierung der Fragestellungen.

Es ist nämlich wenig hilfreich, prinzipielle Zweifel an dem Zusammenhalt über den Ärmelkanal hinweg nach einem Brexit zu schüren, wie bei den angesprochenen Städtepartnerschaften, den Schulpartnerschaften, der Berücksichtigung kultureller Aspekte und bei Reisen. Bei allem denkbaren Anpassungsbedarf im Einzelnen hätte ich mir eine Note gewünscht, die das Vertrauen in unsere Freundschaft zu Großbritannien ausdrückt.

Der Antrag zitiert ferner Meinungsunterschiede innerhalb der britischen Politik und eine zum Teil offen gezeigte anti-europäische Stimmung. Ebenso richtig ist, dass in London Zehntausende gegen den Brexit mobil machen und zum Westminster ziehen. Andernorts geschieht Vergleichbares. Davon lese ich in Ihrem Antrag leider nichts, aber auch das müssen wir würdigen.

Am vergangenen Montag war in einer großen deutschen Tageszeitung ein Beitrag von Sir Sebastian Wood zu lesen, der die Überschrift trug: „Wir betreten Neuland“. – Herr Kollege Engstfeld hat den Begriff „Neuland“ ja auch aufgegriffen.

Der Botschafter Großbritanniens in Berlin erinnert in diesem Artikel an die fortwährende Gemeinsamkeit. Wir begrüßen das ganz klar geäußerte Bekenntnis, weiterhin bedingungslos für Europas Sicherheit einzustehen. Beim globalen Handelssystem, beim Pariser Klimaabkommen, beim Atomabkommen mit dem Iran will sich Großbritannien Schulter an Schulter mit Deutschland engagieren.

Die Landesregierung, unser Minister Herr Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, der derzeitige Vorsitzende der Europaministerkonferenz, hat die Bewältigung des Brexits zum Schwerpunktthema gemacht. NRW bereitet sich auf die denkbaren Szenarien vor. Das Brexit-Übergangsgesetz wird finalisiert. Für den Fall

eines Austritts ohne Abkommen wird Handlungsfähigkeit hergestellt. Die Landesregierung agiert partnerschaftlich und proaktiv im Bund und im Kollegium der Bundesländer sowie auf europäischer Ebene.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine ganz persönliche Anmerkung: Bis heute habe ich nicht verstanden, warum das ehrenamtliche Engagement von Friedrich Merz für unser Land in den Reihen der Antragssteller so wenig Anerkennung findet. Von daher, Herr Kollege Engstfeld, bin ich dankbar für die Klarstellung, dass die Enquetekommission keine Konkurrenz zu den Bemühungen von Herrn Merz ist.

Sie können zu Herrn Merz und seinen beruflichen Aufgaben stehen wie Sie mögen. Er hat sich jedoch in dieser historisch kritischen Situation an die Seite der Landesregierung und unseres Landes gestellt – extern, ohne Honorar. Die hervorragenden Kontakte zu den wirtschaftlichen Akteuren in Großbritannien, zu den politisch Handelnden, zu den Instituten der Wissenschaft, der Wirtschaft und in die Zivilgesellschaft sind in der aktuellen Situation unverzichtbar.

Positive Wendungen des Brexits werden vorgedacht, die die hier vorgeschlagene Enquetekommission differenzieren soll. Der Brückenbau für die britischen Unternehmen in NRW und umgekehrt für die nordrhein-westfälischen Unternehmen im Vereinigten Königreich steht ganz oben auf der Agenda. Wir sagen zu britischen Unternehmen nicht: „Thank you and good bye“, sondern wir sagen: „Welcome“.

Daher erwarten wir von der Enquetekommission, dass sie von haltlosen politischen Reflexen absieht. Gerade weil der Prozess um den Brexit so volatil ist, ist der Erfolg von unbedingter Sachdienlichkeit und Konzentration abhängig. Richtig sind aus unserer Sicht die flexiblen Momente, die Ihr Antrag vorgibt: die Betrachtung der denkbaren Austrittsszenarien, bis der Eintritt eines Szenarios auszuschließen ist, ebenso die Arbeit mit den Zwischenberichten.

Das partnerschaftliche sachdienliche Handeln ist Wegweiser für gute Arbeit, wie wir sie in der Enquetekommission leisten können. Wir wollen die bilateralen Beziehungen stärken, einen engen Austausch mit unseren Partnern in Großbritannien und Nordirland, und wir wollen für unser Bundesland und seine Standortvorteile Werbung machen.

Schließlich wollen wir Hilfen leisten, wenn sich die Voraussetzungen ändern: bei Kitas, bei Wohnungen, bei internationalen Schulen, bei Städtepartnerschaften, bei Universitäten und bei Behördenangelegenheiten.

Eine Enquetekommission, die in ihren Arbeitsschritten und Analysen solchen konkreten Zielen folgt, kann in jedem Szenario, das zur Debatte steht, einen Mehrwert leisten.

Meine Damen und Herren, ich bin mir mit der Mehrheit im Hause sicherlich einig, und der Kollege Engstfeld hat es auch angesprochen: Der beste Brexit ist der, der überhaupt nicht stattfindet. Insofern stehen unsere Türen natürlich offen. Wir freuen uns jetzt auf eine gute und konstruktive Arbeit in der Enquetekommission.

Am Ende bleibt mir nur die Hoffnung, dass wir bei der Arbeit in der Kommission nicht von den aktuellen Entwicklungen rund um den Brexit eingeholt oder gar überholt werden, sondern noch rechtzeitig tätig werden können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Watermeier.

Sebastian Watermeier (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die besonderen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zum Vereinigten Königreich sind erst in der letzten Woche hier in diesem Saal bei der Fachkonferenz zum Haus der Geschichte NRW ausführlich diskutiert worden. Ohne Großbritannien gäbe es weder dieses Parlament noch den Westdeutschen Rundfunk. Ohne Großbritannien wäre Nordrhein-Westfalen nicht das, was es heute ist, und fände sich als Bundesland wahrscheinlich nicht auf der Landkarte.

Umso mehr bedauere ich die Entscheidung, die eine denkbar knappe Mehrheit der Britinnen und Briten am 23. Juni 2016 getroffen hat. Mit ihrem Beschluss zum Austritt aus der Europäischen Union haben die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs Fakten geschaffen, mit denen wir nun umgehen müssen. Der Brexit ist eine ungeheure Herausforderung für alle Beteiligten.

Es kommt selten vor, dass ich Hans-Werner Sinn zitiere; doch hat er, wie ich finde, eindrucksvoll die ganze ökonomische Dimension des Brexits dargestellt, wenn er in der „FAZ“ schreibt:

„Gemessen an der Wirtschaftskraft ist der Brexit gleichbedeutend mit dem simultanen Austritt von 19 der 28 EU-Staaten.“

Wenn man diese Dimension vor Augen hat, erscheinen die Aktivitäten, die die Landesregierung in Sachen Brexit bisher unternommen hat, in der Tat zaghaft. Einmal hat bisher der Beauftragte der Landesregierung für den Brexit, Friedrich Merz, im Europaausschuss einen Bericht über seine Tätigkeiten in diesem Bereich gegeben. Das war am 16. März dieses Jahres. Ein anderes Mal stand er dann im September dieses Jahres zu transatlantischen Fragen zur Verfügung.

In der Analyse der Problemstellung des Brexit war Herr Merz damals sehr klar und deutlich, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Verflechtungen. Bereits damals war die größte Sorge, dass es zu einem unregelmäßigen Austritt des Vereinigten Königreiches kommen könnte.

Nun, ein gutes halbes Jahr später, ist diese Wahrscheinlichkeit nicht geringer geworden, auch wenn Frau Merkel heute über die Presse Beruhigungsspielen verteilt hat. Sowohl die Parteitage der Tories als auch die der Labour-Partei haben mehr Fragen aufgeworfen denn beantwortet. Während auf der konservativen Seite die Frage, ob sich die Befürworter eines harten Brexit mit allen unabsehbaren Folgen für die Stabilität nicht nur des Vereinigten Königreiches durchsetzen, noch längst nicht geklärt ist, versucht Labour mit der Option auf Neuwahlen und auf ein zweites Referendum, seine Position erst noch zu finden.

Neueste Umfragen deuten übrigens darauf hin, dass nun, da immer klarer wird, welche Folgen der Austritt aus der Europäischen Union hat, eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreiches für den Verbleib in der Union stimmen würde. Ob ein zweites Referendum jedoch ein realistisches Szenario ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

Auch der jüngste europäische Gipfel in Salzburg hat leider nicht dazu geführt, Klarheit zu geben und Vertrauen zu schaffen. Die Möglichkeit eines harten Brexits steht tatsächlich im Raum, denn den Verhandlungsführern läuft schlicht und einfach die Zeit weg. Auf britischer Seite scheint die Entschlossenheit der übrigen 27 Mitgliedstaaten, keine Rosinenpickerei zuzulassen, immer noch nicht angekommen zu sein. Stattdessen ergehen sich einige Befürworter eines harten Brexits in geschichtsrevisionistischer Rhetorik und sprechen beispielsweise vom Geist von Dünkirchen.

Wir dürfen wohl alle sehr gespannt sein, ob und wie auf dem alles entscheidenden Gipfel am 16. und 17.10. dieses Jahres in Brüssel ein Weg aufgezeigt wird, um einen harten Brexit zu verhindern, und ob die Nordirland-Problematik gelöst werden kann.

Zugegeben, die Einrichtung der Enquetekommission ein halbes Jahr vor dem Brexit ist ein ambitioniertes Projekt. Natürlich werden nicht alle Fragestellungen, die in dem umfangreichen Einrichtungsbeschluss aufgelistet sind, bis zum 29. März nächsten Jahres bearbeitet werden können. Es wäre also schön gewesen, wenn ein Großteil dieser Fragen bereits heute von der Landesregierung hätte beantwortet werden können oder zumindest eine Strategie sichtbar geworden wäre, wie wir denn nun in Nordrhein-Westfalen auf den Brexit reagieren. Es wäre schön gewesen, wenn wir dazu auch von Herrn Holthoff-Pförtner mehr Substantielles gehört hätten. Das ist bisher aber Fehlanzeige.

Herr Merz hat bereits im Frühjahr sehr deutlich gemacht, dass er eine beratende Tätigkeit habe und nicht das Handeln der Landesregierung ersetzen könne. Über seine Gesprächspartner und den genauen Inhalt der Gespräche machte er aber keine Angaben. Was nützt es, wenn er seine Kontakte spielen lässt, daraus aber keine konkreten Handlungen oder Strategien erwachsen? Eine auswärtige Kabinettsitzung in Brüssel ersetzt keine Brexit-Strategie, liebes Landeskabinett.

Wenn in Sonntagsreden von den Brücken in das Vereinigte Königreich die Rede ist, die nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden müssten, dann kann ich nur sagen: Bisher reicht das Handeln der Landesregierung gerade einmal für eine wackelige Hängebrücke auf dem Kletterpfad. Sie haben es sich bisher mit dem Thema „Brexit“ sehr leicht gemacht. Das könnte uns allen am Ende auf die Füße fallen.

Wir haben bis heute noch nichts dazu gehört, welche Anstrengungen die Landesregierung unternommen hat, um auch Chancen des Brexits für NRW auszuloten. Gibt es Unterstützung dafür, die Unternehmen, die natürlich weiter in und mit der EU Geschäfte machen wollen, nach NRW zu holen? Ich denke vor allem an Investitionen aus dem asiatischen Raum. Hier bietet sich die Metropole Ruhr als Alternative doch geradezu an. Was hat die Landesregierung unternommen, um mögliche Produktionsverlagerungen nach NRW zu holen? Die Kommunen machen sich inzwischen selbst auf den Weg, diese Fragen zu beantworten.

Insofern ist die Einrichtung der Enquetekommission die notwendige Konsequenz und Antwort des Parlaments auf das fehlende Handeln der Landesregierung. Wir als Parlamentarier kommen damit unseren Aufgaben nach, was man von der Landesregierung nur eingeschränkt behaupten kann. – Ich freue mich auf die Arbeit der Kommission.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Watermeier. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Matheisen.

Rainer Matheisen (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade haben wir ganz viel Meckern und Gemäkel gehört. Ich möchte jedoch etwas Positives sagen, statt in dieses klassische Gemäkel zwischen Regierung und Opposition einzustimmen.

Ich finde es gut, dass die Grünen in ihr Recht auf eine Enquetekommission in dieses wichtige Thema „Brexit“ investieren. Ich finde es gut, dass Sie hier nicht nur bestimmte – beispielsweise ökologische – Aspekte aufgreifen, sondern ganzheitlich auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte. Ich halte

das für eine gute Ergänzung zur Arbeit der NRW-Koalition und der Landesregierung.

Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Eines ist eben schon genannt worden: Mit Friedrich Merz haben wir als einziges Bundesland einen Brexit-Beauftragten, der unser Bundesland nach außen hin repräsentiert. Wir haben darüber hinaus mit NRW.INVEST eine Niederlassung in London gegründet, die Herr Professor Dr. Pinkwart vor Kurzem eröffnet hat. Das heißt, wir sind vor Ort präsent und aktiv. Aktuell befinden wir uns in intensiven Diskussionen zur Einrichtung eines Commercial Court. Die FDP-Landtagsfraktion wird dort in wenigen Wochen ein Werkstattgespräch zu diesem Thema führen. Der Justizminister hat sich ebenfalls entsprechend geäußert. Da sind diverse Aktivitäten im Gange.

Ich möchte nicht alles wiederholen, was eben schon gesagt wurde. Wichtig ist: Wir sollten die engen und guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Nordrhein-Westfalen als Chance begreifen. Wir dürfen nicht nur die Risiken betrachten, sondern auch die Chancen; daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Dafür ist es fast schon etwas spät; denn die Diskussionen sind bereits im Gange. Nichtsdestotrotz sollten wir jetzt umso schneller anfangen, gemeinsam zu diskutieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben keine Lust mehr darauf, dass Parteien, die im Prinzip die gleiche Sichtweise haben, in irgendwelche Diskussionen eintreten, in denen die Themen zwischen Regierung und Opposition totdiskutiert werden. Deswegen begrüße ich diese Initiative sehr.

Wir wollen die Probleme vielmehr gemeinsam lösen, die Herausforderungen annehmen und die Chancen nutzen. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken! Ich werbe dafür, in einer guten Arbeit das Thema „Brexit“ gemeinsam zu beackern, in welcher Form auch immer. Wir sollten die Chancen für Nordrhein-Westfalen herausarbeiten und gemeinsam etwas Gutes schaffen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 23. Juni 2016, vor über zwei Jahren, hatten unsere Freunde in Großbritannien die Möglichkeit, in einer freien, gleichen und geheimen Abstimmung über ihren Verbleib in der Europäischen Union zu befinden. Ich freue mich darüber, dass wir uns hier alle einig sind, dass wir das Ergebnis einer solchen Abstimmung auch akzeptieren.

Am 29. März 2017 löste die Premierministerin Theresa May mit einem Schreiben an den Europäischen Rat den zweijährigen Austrittsprozess aus, der nach Art. 50 des Vertrags von Lissabon bis zum 30. März des nächsten Jahres abgeschlossen sein muss.

Obwohl das alles schon eine Weile her ist, beantragten die Grünen am 2. Oktober 2018 eine Enquete-Kommission, die ebenfalls für zwei Jahre tagen und sich nun mit den Folgen des Brexit befassen soll. Das ist etwas spät – aber immerhin.

Wie dem auch sei: Wir sind froh, dass sich endlich einmal jemand ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen will. Seit Beginn der Legislaturperiode weisen wir im Ausschuss und im Plenum immer wieder auf die möglichen verheerenden Folgen eines Hard Brexit auf die deutsche Exportindustrie hin – vergeblich.

Es ist immer dieselbe Leier: Die SPD hat keine größere Sorge, als dass die Fleischtöpfe der EU nicht mehr voll genug sind, und beantragt nun im Monatsrhythmus neues Geldzuweisungen aus Deutschland. Und die Regierung, vertreten durch Minister Holthoff-Pförtner und gerade auch durch Herrn Krauß, predigt die Dogmen der Brüsseler Nomenklatura nach. Man sagt, die Freiheiten der EU seien unteilbar. Auf gut Deutsch heißt das: Es ist gottgegeben, dass jeder, der mit uns zollfrei handeln will, gleichzeitig auch die Grenze für Sozialtouristen offenhalten muss.

Dabei steht gerade für uns Deutsche sehr viel auf dem Spiel. Die deutsche Automobilindustrie – unstrittig immer noch Schrittmacher unserer Wirtschaft – exportiert mehr Fahrzeuge in das Vereinigte Königreich als nach ganz Asien oder nach Nord- und Südamerika zusammen. Meine Damen und Herren, das ist der Industriezweig, der einschließlich der Zuliefererindustrie mehr Deutsche in Lohn und Brot bringt als jeder andere – auch in Nordrhein-Westfalen.

Im Übrigen ist das auch der Industriezweig, dem Sie mit exzessiver und irrationaler Umweltpolitik immer mehr zu schaffen machen. Im September ist dank der Diesel-Hysterie die Zahl der Neuzulassungen in Deutschland um 30 % eingebrochen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Automobilhersteller dafür Menschen auf die Straße setzen. Und wenn im März ein Hard Brexit kommt und die deutschen Autos im Vereinigten Königreich mit Zöllen belegt werden, wird das wieder viele Existenzen kosten.

Sie alle, sämtliche Altparteien, sägen an dem Ast, auf dem Sie sitzen. Sie gefährden unseren Wohlstand – nur um die Dogmen von der heiligen EU und vom heiligen Klima nicht infrage stellen zu müssen.

Da der Antrag von den Grünen stammt, findet sich natürlich nicht ein einziges Wort zur Automobilindustrie darin. Diese ist schließlich böse, und die Menschen, die dort arbeiten, sind Ihnen offenbar egal.

Sie sorgen sich um viel wichtigere Dinge – etwa um Städtepartnerschaften. Diese haben zwar wenig oder eigentlich gar nichts mit der EU zu tun; denn es gab sie lange vor der EU, und es gibt sie mit zahlreichen Ländern außerhalb der EU. Aber im Antrag heißt es:

„Unter den zwölf Staaten, in denen die NRW-Kommunen die meisten Städtepartnerschaften pflegen, befinden sich nur drei Nicht-EU-Staaten. Partnerschaften in Nicht-EU-Staaten sind also eher die Ausnahme als die Regel.“

Das haben Sie zumindest richtig recherchiert, aber offensichtlich einen falschen Schluss daraus gezogen. Auf den Top-Plätzen landen nämlich Frankreich, Polen, die Niederlande, Belgien und Österreich. Das sind tatsächlich EU-Länder, aber natürlich auch unsere Nachbarländer, zu denen wir eine besondere Beziehung haben. Deswegen ist es naheliegend, dass diese Länder auch viele Städtepartnerschaften mit uns pflegen.

Abenteuerlich sind auch die Ausführungen zum Erasmus-Programm, welches wir – das hatte ich hier schon erklärt – ausdrücklich begrüßen und unterstützen. Die britische Regierung hat in Person ihrer Premierministerin sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass Großbritannien weiterhin daran teilnehmen möchte. Im Übrigen tun das jetzt schon einige Länder, die nicht der EU angehören, wie Mazedonien, Island, Norwegen oder die Türkei. Warum sollte man also dem Vereinigten Königreich den Zugang dazu verwehren?

Es sei denn, Sie haben vor, es wie mit der Schweiz zu machen und Schüler, Studenten und Lehrlinge in Geiselhaft für einen demokratischen Volksentscheid zu nehmen. Die Schweiz wurde aus dem Erasmus-Programm geworfen, nachdem die Bürger die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hatten. Das ist wieder einmal ein Zeichen der besonderen Größe unserer begeisterten Europäer.

(Beifall von der AfD)

Schön ist auch die Sorge um den visafreien Personenverkehr mit dem Vereinigten Königreich. Auch dieser steht von britischer Seite nicht ernsthaft zur Debatte. Meine Damen und Herren, wenn die Briten sich um Massenmigration sorgen und diese Sorge beim Brexit-Votum möglicherweise sogar ausschlaggebend war, dann dachten sie nicht an Deutsche, die in das britische Gesundheitswesen drängen, und meinten auch keine Österreicher, die in London Sozialfürsorge beantragen. Sie dachten an genau zwei Personenkreise: Personen aus Südosteuropa und Personen aus Afrika, die bekanntlich auch hier im Land das eine oder andere Problem in der Gesellschaft oder in den Sozialkassen verursachen.

(Minister Dr. Joachim Stamp: Wie Ihre identitären Freunde!)

Wir Deutsche haben mit einer Vielzahl von Ländern Abkommen über den visafreien Verkehr. Die meisten davon sind nicht in der EU. Dabei handelt es sich um so namhafte Länder wie Albanien, Bosnien, El Salvador, Honduras, Kiribati, Moldawien, Nicaragua und Tonga. Warum sollte das nicht auch mit Großbritannien gehen?

Schließlich wird es unfreiwillig komisch, wenn Sie zu Ihrem Lieblingsthema kommen – zum Klima. Da loben Sie die Briten erst einmal als Vorreiter bei der CO₂-Einsparung. Ich lasse jetzt einmal dahingestellt, ob es ein so großer Verdienst ist, wenn ein Land quasi deindustrialisiert ist. Viel wichtiger ist aber das, was Sie im nächsten Absatz immerhin zugeben. Die Briten erreichen diese vermeintlich vorbildlichen Werte nämlich vor allem deshalb, weil sie konsequent auf Kernkraft setzen und aktuell 15 neue Meiler in Planung haben. Da zahlt es sich eben aus, wenn man keine Grünen im Parlament hat.

(Beifall von der AfD)

Dazu heißt es dann in Ihrem Antrag – Zitat –:

„Mit dem Brexit scheidet das VK auch aus der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) aus. Diese hat Sicherheitsrichtlinien, etwa zur Überwachung und Stilllegung der Anlagen, aufgestellt, die für das VK dann nicht mehr gelten.“

Das muss eine ganz neu entdeckte grüne Liebe zur EURATOM sein. 2002 hat der Grünen-Parteitag in Hannover den deutschen Austritt – quasi den Dexit – aus EURATOM gefordert. Noch zwei Monate vor dem Brexit-Referendum forderte die Grünen-Bundestagsfraktion in einem Antrag den Austritt aus der EURATOM, sollten die Wünsche der Grünen nach deren Umstellung nicht erfüllt werden. Und im letzten Jahr, 2017, äußerte Ihre atompolitische Sprecherin, Frau Kotting-Uhl:

„60 Jahre Euratom – ein völlig aus der Zeit gefallener Uraltvertrag. ... Deshalb würden wir sagen: Austreten, also einfach beenden.“

Was soll es sein, Herr Engstfeld? Ist EURATOM jetzt gut? Sollen die Briten drinbleiben? Sollen die Deutschen austreten? Darüber sollten Sie sich vielleicht noch einmal mit Ihren Parteifreunden verständigen.

Es ist gut, dass über den Brexit gesprochen wird; denn er kann im schlimmsten Fall verheerende Folgen für Deutschland haben. Es ist auch gut, dass die Grünen – wenn auch spät – diese Enquetekommission angeschoben haben. Noch besser wäre es freilich gewesen, wenn sie in diesem Zusammenhang die drängenden Fragen ansprechen würden.

Wie es sich für gute Demokraten gehört, werden wir diesen Antrag natürlich unterstützen. Wir würden uns aber freuen, wenn der Arbeitsauftrag der Kommission noch etwas verbreitert würde.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler.

Bevor ich nun für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Holthoff-Pförtner das Wort gebe, möchte ich das tun, was die Kollegin gerade bereits angekündigt hat. Er ist mittlerweile bei uns auf der Gästetribüne. Ich möchte ganz herzlich hier im Landtag Nordrhein-Westfalen den Generalkonsul des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Herrn Courage, willkommen heißen. Wir freuen uns, dass Sie unseren Beratungen aufmerksam zuhören.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme natürlich mit fast allen Vorrednern überein und beabsichtige auch nicht, deren Aussagen zu wiederholen.

Ich bin den Grünen und dem Kollegen Engstfeld ausgesprochen dankbar für den Antrag zur Einrichtung dieser Enquetekommission, weil nach meiner Überzeugung die Richtung des Brexit mit der Wirtschaft bzw. Wirtschaftsgemeinschaft eigentlich das Wenigste zu tun hat.

Ich glaube, dass der Brexit vor dem Hintergrund der Entscheidungen in London einen Angriff auf die EU darstellt, einen Angriff auf ein freies, selbstbewusstes und erfolgreiches Europa. Dieses Interesse haben sicherlich auch – ich wehre mich innerlich dagegen, zu sagen: die Amerikaner – der amerikanische Präsident und ganz bestimmt auch Russland und China.

Die Diskussion um die Symptome wird an den Kern nicht herankommen. Deswegen erspare ich mir auch eine Stellungnahme zu Herrn Tritschler.

Ich glaube, dass in London die Murdoch-Presse, also die Printpresse, die von Menschen in plus/minus meinem Alter gelesen wird, wesentlich zum Ergebnis der Abstimmung beigetragen hat. 40 Jahre lang massive Lügen über die EU und über Europa haben Wirkung gezeigt. Und darüber, wessen Interessen Herr Murdoch vertritt, brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

Ich glaube aber auch – und das ist das Gute an der Auseinandersetzung –, dass es für uns nicht zu spät ist, wach zu werden. Die Dinge, die wir machen und die Sie aufgezählt haben – der Brexit-Beauftragte, die Enquetekommission –, bewirken ein Bewusstsein darüber, was eigentlich in Gefahr ist und welches Risiko wir damit eingehen, unsere Märkte aufzuteilen und dann innerhalb der Weltpolitik keine Rolle mehr zu spielen.

Der amerikanische Botschafter hat bei seinem Besuch – das ist zitierfähig; er wiederholt das ja auch in der Presse – uns Nordrhein-Westfalen aufgefordert, doch direkt mit ihm und seinem Präsidenten über unsere Interessen zu verhandeln. Wir sollten doch bitte nicht auf das alte Europa warten. Ein ähnlicher Satz würde mir in Amerika nicht einfallen. Das ist ein massiver Angriff auf das, was wir in Jahren aufgebaut haben, was wir von unseren Eltern und Großeltern geerbt haben und was wir eigentlich verpflichtet sind, weiterzugeben. Das ist in Gefahr. Diese Gefahr sollten wir ernst nehmen.

Nordrhein-Westfalen hat nun für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz inne. Für mich war es ein unglaublich positives Erlebnis, die bestehenden Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Dazu gehört natürlich auch die wirtschaftliche Verantwortung. Dazu gehört aber auch die Verantwortung für die Freiheiten – für Pressefreiheit, für Meinungsfreiheit, für die Zivilgesellschaften.

Was beim Brexit immer diskutiert wird, sind die Zahlen. Was wir leider überhaupt nicht diskutieren, ist das Auseinanderbrechen von Zivilgesellschaften, die uns – da stimme ich völlig mit Ihnen überein – ungeheuer positiv geprägt haben. Das bezieht sich nicht nur auf das duale System. Wir verdanken unseren britischen Paten und Freunden wirklich das Bindestrichland. Wir verdanken unseren amerikanischen Freunden, dass es das Europa von heute gibt. Wenn die Amerikaner – ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg – nach dem Zweiten Weltkrieg wieder gegangen wären, gäbe es diese Freiheit nicht.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ich glaube, dass wir diese Chancen nutzen müssen und uns über die wesentlichen Dinge unterhalten sollten. Wir müssen wissen, was gemeint ist und was gefährdet ist und dass probiert wird, dies an allen Symptomen vorzuführen.

Bei der Europaministerkonferenz sind von Kiel bis München, von Erfurt bis Saarbrücken alle Farbenspiele dieser Republik vertreten – alle bis auf eine Farbe. Es besteht von Jamaika über die Ampel bis Rot-Rot-Grün ein ungeheurer Konsens, wenn es um die wahren Werte, die Freiheit unserer Bürger und um unseren Auftrag geht.

Lassen Sie uns die Mahnung der Präsidentenwahl in Amerika und die Mahnung des Brexit ernst nehmen und zu den wesentlichen Dingen kommen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Müller das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Frank Müller (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Errungenschaft der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union als Sozialtourismus diffamiert, hat die Freizügigkeit nicht verstanden.

(Beifall von der SPD – Minister Herbert Reul: Wohl wahr!)

Wir verlassen die Europäische Union, aber wir bleiben ein Teil Europas – so lautet das oft vorgetragene Bekenntnis der britischen Regierung mit Blick auf den bevorstehenden Brexit und die Zeit danach. Aber dieser Satz muss noch mit Leben gefüllt werden, sind doch die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen unserer beiden Länder mehr als nur die Summe von Wirtschafts- und Handelsdaten. Auch deswegen ist der Brexit eine Tragödie, und zwar dies- und jenseits des Kanals.

Aber so ist es eben – das wurde schon angesprochen –, wenn man die EU-Mitgliedschaft zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen macht und ein Feuer entfacht, das man am Ende nicht mehr unter Kontrolle bringt.

Dazu kommt es, wenn für alles Gute nationale Regierungen zuständig sind und für alles Schlechte die in Brüssel. Und das, obwohl die nationalen Regierungen für viele Entscheidungen durchaus selbst verantwortlich sind. Nach dem Motto „Ich weiß auch nicht, was die in Brüssel oder in Straßburg da wieder gemacht haben“ schieben sie die Verantwortung aber gerne ab.

Am Rande sei selbstkritisch erwähnt, dass das auch in Deutschland ein gern genutztes Mittel ist. Das Beispiel „Brexit“ macht deutlich, wie schnell so was zu so was führt.

Nun ist die Entscheidung für einen Austritt gefallen. So sehr ich mir – und ich bin mir ganz sicher, viele andere in diesem Saal auch – ein zweites Referendum zumindest über die Verhandlungsergebnisse wünsche: Es wird sehr wahrscheinlich nicht kommen – auch, weil sich die Opposition im Unterhaus – das wurde schon erwähnt – ebenfalls von innenpolitischen Motiven leiten lässt und politischen Honig aus dem beispiellosen Versagen der Tories saugen möchte.

Aber Spott und Häme sind eben nicht angebracht, genauso wenig wie das Statuieren von Exempeln im Aushandlungsprozess; denn viele Menschen in Großbritannien, aber auch hier in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus, haben Fragen und erwarten von uns allen Antworten.

Wie geht es nun weiter? Wie gestalten wir die Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich? Wie gelingt es uns, den Austausch zwischen den Menschen zu beleben? Was

bedeutet der künftige Rahmen der formalen Beziehungen ganz praktisch für das Zusammenleben und den Alltag der Menschen?

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass im Antrag zur Einsetzung einer Enquetekommission auch diese Aspekte eine nicht ganz unwesentliche Rolle spielen. Auch wenn ich mich wiederhole: Es geht um mehr als rein ökonomische Fragen; es geht um die Frage, wie wir die europäische Zukunft gestalten und wie wir über den Tag hinaus denken.

Natürlich kann man der Auffassung sein, dass der Antrag ein bisschen spät kommt. Aber ich finde, dass die Arbeit dieser Enquetekommission und das, was in die Zukunft wirkt, nicht mit dem Brexit Day endet; vielmehr fängt die Arbeit dann erst so richtig an. Deswegen wäre es auch gut, wenn wir als Parlament bzw. als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht alles den Regierungen und deren Beauftragten überlassen; wir müssen eine aktivere Rolle übernehmen.

Die Beziehungen zwischen NRW und dem Vereinigten Königreich sind vielfältig. Vor allem aber sind sie zu einer Zeit entstanden, in der es einem Wunder gleichen musste, dass uns unmittelbar nach dem Krieg und den unfassbaren Verbrechen, die von deutschem Boden ausgingen, Menschen freundschaftlich die Hand gereicht haben.

Die Partnerschaft meiner Heimatstadt Essen mit Sunderland geht auf das Jahr 1949 zurück; 70-jähriges Bestehen feiern wir im kommenden Jahr. Das war ein historischer Akt der Versöhnung, dem ein reger Austausch folgen sollte.

Doch gegen Ende der 80er-Jahre, als sich die Beziehungen längst normalisiert hatten, hatte auch das Engagement rapide nachgelassen. Auch das gehört für viele Partnerschaften zur Wahrheit.

Wer füllt diese langjährigen Beziehungen nun mit neuem Schwung? Ganz sicher haben wir auf beiden Seiten nicht genug getan, damit aus dem Besonderen nicht das Selbstverständliche, das Alltägliche wird. Nichts ist selbstverständlich und nichts ist von Bestand, wenn man sich nicht darum kümmert und wenn man nicht dafür kämpft.

(Beifall von der SPD)

Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, dass das alles nicht unser Problem sei; mit den Entscheidungen und Folgen müssten die jetzt irgendwie selber klarkommen. – Kann man so machen, ist aus meiner Sicht aber nicht klug, und es entspricht auch nicht meinen Vorstellungen vom europäischen Gedanken.

Gerade SchülerInnenaustausche und Schulpartnerschaften sind gut geeignet, um gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Es liegt also nah, diese Austausche zu stärken – so weit, so richtig.

Allerdings gibt es auch hier eine Menge Hausaufgaben zu erledigen. Die ILKA-Datenbank des Landes Nordrhein-Westfalen weist 235 NRW-Schulen mit Kontakt ins Vereinigte Königreich aus. Wir müssen uns gleich mal darüber austauschen, welche Zahlen stimmen. Wir sind nämlich nicht auf 400 gekommen, sondern nur auf 235. Zum Vergleich: Mit unseren französischen Freundinnen und Freunden gibt es 517 partnerschaftliche Verbindungen, also mehr als doppelt so viele.

Schulen berichten mir davon, dass es Schwierigkeiten gibt, entsprechende Partnerschaften einzugehen und Schulen zu finden, hier wie dort. Im Gegensatz zum Austausch mit beispielsweise Frankreich oder Polen gibt es keine finanzielle oder organisatorische Unterstützung.

Das mag sicherlich nicht der einzige Grund sein, aber es sagt etwas aus über den Stellenwert, den wir dem viele Jahre lang beigemessen oder eben auch nicht beigemessen haben. Auch darüber müssen wir reden: Wie können wir den Austausch unter dann erschwerten Bedingungen wieder stärken und nachhaltig gestalten?

Vor ähnlich großen Herausforderungen stehen wir auch in den Bereichen Kultur und Wissenschaft – der Kollege Engstfeld sprach es an. Wie sieht es vor dem Hintergrund des drohenden Wegfalls der Freizügigkeit mit dem Austausch unserer Länder untereinander aus – auch wenn hier sicherlich gerade hinter den Kulissen verhandelt wird?

Studierende könnte es ebenfalls hart treffen, wenn sie möglicherweise nicht mehr unabhängig von ihrem eigenen Geldbeutel oder dem ihrer Eltern an britischen Universitäten studieren können. Ich glaube, auch hier brauchen wir noch Zeit im Aushandlungsprozess.

Was ist mit Studierenden aus Großbritannien – insbesondere vor dem Hintergrund der noch nicht auf Eis gelegten Pläne bezüglich der Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, die diese Landesregierung zumindest eronnen hatte, die aber vermutlich nicht kommen werden?

Wir alle haben – alle ist wahrscheinlich nicht richtig –; die überwiegende Mehrheit von uns hat den Brexit nicht gewollt. Seine verantwortliche Umsetzung in der Zeit danach ist aber eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Auch wenn nach der Brexit-Entscheidung ein Traum für viele, insbesondere junge Menschen, ausgeträumt ist, bleiben doch Hoffnung und Auftrag, einen Weg zu finden, unsere Beziehung zum Vereinigten Königreich sowie die europäische Zukunft zu gestalten.

Denn die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, werden wir nur gemeinsam lösen können. Herr Kollege Engstfeld hatte schon eine Anleihe bei der Fußballpoesie gemacht. Wir singen es gerne in

Stadien in Liverpool oder Dortmund – und ich möchte gerne daraus zitieren –:

„Though your dreams be tossed and blown
Walk on with hope in your heart
And you'll never walk alone.“

(Christian Dahm [SPD]: Uiiii!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Müller. – Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/3792 ab. Wer stimmt diesem zu? – Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und ...?

(Zurufe von der SPD: Wir! Wir alle!)

– SPD.

(Heiterkeit)

Wer stimmt dagegen? – Niemand. Enthält sich jemand? – Sehen wir von hier oben ebenfalls nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/3792** einstimmig **angenommen**. Vielen Dank.

Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3801

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion hat Herr Röckemann das Wort.

Thomas Röckemann (AfD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Je mehr an Informationen, desto größer die Verwirrung – das muss sich der letzte Landtag zumindest gedacht haben, als die Verfassungskommission der 16. Legislaturperiode die Überarbeitung der Akteneinsichts- und Zugangsrechte für Abgeordnete ablehnte.

Als Gründe wurden genannt, dass die Ausschüsse und Untersuchungsausschüsse ausreichende Informationsrechte innehätten. Diese kämen auch den Abgeordneten zugute. Ein persönliches Informati-